

Hauptstadt-Bulletin

Einigungsvertrag Grundlage der Wiedervereinigung

Die Basis der Wiedervereinigung war der am 31. August 1990 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten der DDR, Dr. Günther Krause, unterzeichnete Einigungsvertrag. Darin wurde unter anderem geregelt, dass die Wiedervereinigung auf der Basis des Artikels 23 des Grundgesetzes und nicht durch eine Verfassungsneuschöpfung erfolgen soll. Nach dem damaligen Artikel 23 konnten „andere Teile Deutschlands“ dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten. So beschloss die Volkskammer der DDR am 23. August 1990 den Beitritt zur Bundesrepublik. Am 20. September 1990 stimmten sowohl der Deutsche Bundestag als auch die Volkskammer für den Einigungsvertrag, der am 3. Oktober 1990 in Kraft trat.

Am Samstag findet der offizielle Festakt in Potsdam statt, wo Spitzenvertreter der Bundespolitik und Bürgerdelegationen aus den 16 Bundesländern eingeladen sind.



© picture alliance / SULUPRESS.DE

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum 30. Mal jährt sich der Tag der Deutschen Einheit. Zum 30. Mal wird jeder, der die Wiedervereinigung miterlebt hat, gedanklich in die Wendezeit zurückgeholt. Es waren glückliche Zeiten: Das Ende der deutschen Teilung, der zunehmende Zusammenhalt in Europa, das Ende des Sozialismus. Die Aufbruchsstimmung von damals ist etwas Besonderes gewesen. Aber es gab auch viel zu tun, um die neuen mit den alten Bundesländern zusammenwachsen zu lassen. Ich habe mich in den 90er Jahren intensiv mit den neuen Ländern beschäftigt, war aktiv daran beteiligt, den Bundesgrenzschutz (heute Bundespolizei) in Frankfurt/Oder und Zittau zu etablieren. Und dabei habe ich viele Menschen aus den neuen Ländern kennen und sehr schätzen gelernt. Auch wenn es Menschen gibt, denen die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West nicht schnell genug geht, sind wir angesichts der Größe der Aufgabe meiner Meinung nach schon ziemlich weit gekommen. Vor allem, wenn man den Vergleich zieht zwischen der Situation der Menschen in der DDR-Diktatur vor der Wende und die Situation in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahrzehnten danach. Ich habe wie die CDU an diese Einheit immer geglaubt. Deshalb stand ich am 03.10.1990 um 00.00 Uhr mit einer Deutschlandfahne in der Hand unter dem Brandenburger Tor - Gänsehaut bis heute!

Ihr

Zwischenbericht zur Atommüll-Endlagersuche

Am Montag dieser Woche hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihren „Zwischenbericht Teilgebiete“ veröffentlicht. Darin werden alle Gebiete in Deutschland aufgeführt, die nach ausschließlich geologischen Kriterien für weitergehende Untersuchungen zur Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in Frage kommen. In diesem frühen Schritt wurden Gebiete vom Suchverfahren ausgeschlossen, die für ein Endlager von vornherein ausgeschlossen sind – weil die geologischen Voraussetzungen nicht stimmen oder weil etwa Erdbebengefahr besteht. Durch weitere Untersuchungen werden in den kommenden Jahren schrittweise immer mehr Gebiete ausgeschlossen, bis schließlich im Jahr 2031 eine Entscheidung für ein Endlager fallen soll. Die Veröffentlichung stellt einen der ersten Schritte eines langen Auswahlverfahrens dar. Entsprechend hoch ist auch noch die Zahl der möglichen Teilgebiete.

Insgesamt weist der Bericht 90 Teilgebiete aus, die insgesamt 54 Prozent der deutschen Landfläche ausmachen und in Baden-Württemberg 39 von 44 Landkreisen betreffen. Der Bericht und eine interaktive Karte sind unter: <https://www.bge.de/de/endlagersuche/zwischenbericht-teilgebiete/> abrufbar.

Deutschland steht zu seiner humanitären Verpflichtung

Am Mittwoch sind 139 Menschen, davon 17 kranke Kinder mit ihren Kernfamilien (insgesamt 88 Personen) und 51 unbegleitete Minderjährige am Flughafen Hannover eingetroffen. Insgesamt wurden in diesem Jahr damit bereits 609 Personen, darunter 104 unbegleitete Minderjährige und 142 kranke Kinder, per Flugzeug von Griechenland nach Deutschland gebracht. Zum einen hatte Bundesinnenminister Seehofer nach Abstimmung innerhalb der Bundesregierung entschieden, 243 kranke Kinder einschließlich ihrer Kernfamilien aus Griechenland zu übernehmen. Die Übernahmen folgen dem Koalitionsbeschluss vom 8. März 2020 und sind Teil einer europäischen Hilfsaktion. Sie sollen in den nächsten Wochen abgeschlossen werden. An der Hilfsaktion beteiligen sich elf EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Portugal, Slowenien) sowie Norwegen und Serbien. Zum anderen hatte die Bundesregierung nach dem Brand auf Lesbos erklärt, sich an der Aufnahme von 400 unbegleiteten Minderjährigen zu beteiligen, die von der griechischen Regierung auf das Festland transferiert wurden. Deutschland wird bis zu 150 unbegleitete Minderjährige aufnehmen. Die Bundesregierung hatte ferner entschieden, weitere 1.553 Familienangehörige von den griechischen Inseln aufzunehmen, deren Schutzberechtigung von der griechischen Regierung bereits festgestellt wurde. Die Aufnahme dieser Personen soll zeitnah beginnen.

Bundeshaushalt 2021: Priorität für Zukunft, Technologie und Innovation

Nachhaltiges Wachstum und finanzielle Solidität sind entscheidend für Deutschlands Wohlstand. Während in der vergangenen Woche im Rahmen der ersten Nachhaltigkeitstage des Deutschen Bundestages über Grundprinzipien nachhaltiger Politik diskutiert wurde, stand diese Woche die Debatte über den Bundeshaushalt 2021 und den Finanzplan bis 2024 an. Hier schloss sich gewissermaßen ein Kreis. Für die Union ist eine solide Haushaltspolitik die Grundvoraussetzung für einen handlungsfähigen Staat. Dabei stellt uns die Corona-Pandemie auch im Bundeshaushalt vor größte Herausforderungen. Für das kommende Jahr wird erneut eine hohe Nettokreditaufnahme erforderlich sein. Umso wichtiger sind jetzt die richtigen Prioritäten. Es gab noch nie so viel Geld für Zukunfts- und Digitalisierungsprojekte wie aktuell. Diese Chance sollte genutzt werden, um Schub zu kriegen für die Technologien von morgen. Das reicht von digitaler Bildung über zusätzliche Investitionen in Künstliche Intelligenz und moderne Kommunikationstechnologien bis zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen. Das Motto für die kommenden Monate lautet: Umsetzen, umsetzen, umsetzen.

Bundeshaushalt Landwirtschaft

Der Haushaltsentwurf für den Bereich Landwirtschaft für das Jahr 2021 kann sich sehen lassen. Mit knapp 7,7 Mrd. Euro ist er auf Rekordniveau, das sind rund 9% mehr als im Vorjahr. Das ist ein positives Zeichen - aber die Landwirtinnen und Landwirte können davon auch jeden Cent gebrauchen. Der Klimawandel mit teilweise extremer Trockenheit macht besonders den Forst- und Ackerbauern enorm zu schaffen, die gesellschaftlichen Anforderungen an die Tierhaltung sind gestiegen und Corona sitzt auch der deutschen Landwirtschaft in den Knochen. Konkret heißt das: Für die Verbesserung des Tierwohls und die damit verbundenen Stallumbauten sind für das Jahr 2021 rund 200 Mio. Euro veranschlagt, insgesamt beläuft sich die Förderung dann auf 300 Mio. Euro. Der von Extremwetterereignissen und besonders den drei Trockenjahren geschädigte Wald soll nächstes Jahr 470 Mio. Euro bekommen, die in den nachhaltigen Waldumbau, die Förderung des klimafreundlichen Bauens mit Holz und das Investitionsprogramm Wald und Holz fließen. Auch hier belaufen sich die gesamten finanziellen Waldhilfen auf insgesamt 700 Mio. Euro. Die durch die neue Düngeverordnung notwendigen Anpassungsprozesse in der Landwirtschaft werden mit 250 Mio. Euro begleitet. Der Schwerpunkt des Haushalts 2021 liegt aber weiterhin auf der Förderung der agrarsozialen Sicherungssysteme mit 4.2 Mrd. Euro. Alle Akteure sollten die Bäuerinnen und Bauern unterstützen, auch der Handel spielt hier eine wichtige Rolle, die verarbeitende Industrie und besonders wir alle als Verbraucher.